

Antrag

öffentlich

Datum

20.12.2023

Nummer

A0294/23

Absender

SPD-Stadtratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

18.01.2024

Kurztitel

Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, bis zum Ende des 1. Quartals 2024 eine konkrete Maßnahmenliste vorzulegen, die aufzeigt, wie die Bearbeitungsrückstände in der Verwaltung zeitnah abgebaut werden können und sowohl für die Antragsberechtigten als auch die Mitarbeitenden dauerhaft eine bessere Situation herbeigeführt wird.

Die Ergebnisse sind in den Ausschüssen GeSo, FuG und JuHi vorzustellen.

Zur Begründung:

In der Stellungnahme S0400/23 wurde ausgeführt, dass mit dem Stand vom 06.09.2023 insgesamt 13.947 Vorgänge für alle Produktbereiche des Sozial- und Wohnungsamtes unbearbeitet waren. Außerdem wurde dargestellt, dass rein rechnerisch 18 temporäre Schließwochen (1x im Monat) bzw. sieben zusammenhängende Schließwochen notwendig wären, um die Anzahl der unbearbeiteten Vorgänge auf Normalniveau zu reduzieren.

Bisher wurden von den 18 Schließwochen zwei durchgeführt. Die Erste vom 11.09. – 15.09.23 und die Zweite vom 13.11 - 17.11.23. Daher ist davon auszugehen, dass der Bearbeitungsrückstand nur in einem geringen Umfang abgebaut werden konnte. Aufgeführt wurde, dass u.a. 2.660 BuT-Anträge sowie 3.306 Wohngeldanträge unbearbeitet sind.

Hinter diesen Anträgen stehen Magdeburger:innen, die auf eine schnelle Bearbeitung ihrer Anträge angewiesen sind, da ansonsten die Bewilligung für die Klassenfahrt, die Schulspeisung oder Ferienfreizeit zu spät kommt oder am Ende des Monats schlichtweg kein Geld mehr da ist, um notwendige Lebensmitteleinkäufe durchzuführen. Einwohner:innen unserer Stadt sollten darauf vertrauen können, dass die ihnen zustehenden Leistungen in angemessener Zeit per Bescheid ausgezahlt werden. Um dies zu gewährleisten, ist ein zügiger Abbau der Verwaltungsrückstände notwendig.

Auch die Mitarbeitenden der Verwaltung haben einen Anspruch darauf, in einer Umgebung zu arbeiten, die es ihnen ermöglicht, die anstehenden und teils auch durch Bundesgesetzgebung kurzfristig aufkommenden erhöhten Antragszahlen so abarbeiten zu können, dass es nicht zu einer dauerhaften Überlastung kommt.

Die Führungsebene der Landeshauptstadt steht somit vor der Herausforderung, für beide Personenkreise eine bessere Situation zu schaffen und durch geeignete Maßnahmen, wie beispielsweise Digitalisierung, Neuordnung von Fachverfahren und in Einzelfällen die Priorisierung nach Dringlichkeit der Anträge konsequent einen Abbau der Rückstände zu erzielen.

Kornelia Keune
Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion

Dr. Thomas Wiebe
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

Julia Brandt
Stadträtin
SPD-Stadtratsfraktion